

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 3

Artikel: Westminster-Parlamentarismus in der Krise : Rechtspopulismus und Neoisolationismus in Kanada, Neuseeland und Australien
Autor: Münch, Peter Ludwig
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166081>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WESTMINSTER-PARLAMENTARISMUS IN DER KRISE

Rechtspopulismus und Neoisolationismus in Kanada, Neuseeland und Australien

Die Angst, in einer grösser werdenden Welt den eigenen nationalen, kulturellen und sozialen Orientierungsrahmen zu verlieren und der damit verbundene Wunsch nach einer Rückkehr zu den kleinen Einheiten artikuliert sich politisch in drei Staaten, die nach dem britischen Modell funktionieren, und die gleichzeitig mit der Globalisierung und mit dem Abbau des Sozialstaats konfrontiert sind.

Sie galten einst als «Hort der Stabilität». Ihr politisches System schien sie vor jeglichen radikalen Umbrüchen zu schützen. Einen *Adolf Hitler* hätte es – so war denn auch nicht selten zu hören – in einer Westminster-Demokratie nie geben können. Dies um so weniger, da speziell ihr Wahlrecht als Damm gegen extremistische Strömungen wirke. Erscheinungen wie «*Desintegration, Parteienzersplitterung, politische Instabilität usw.*»¹ sind in den Augen der Anhänger des britischen Modells Phänomene, die allein in Ländern mit Verhältniswahlssystemen vorzufinden seien. Doch dieser funktionalistischen Demokratietheorie zum Trotz, hat die «italienische Krankheit» – das heisst der Kollaps traditioneller Parteiensysteme – nun auch zwei «Ableger» des Westminster-Parlamentarismus heimgesucht. Im Falle Neuseelands könnte ein Funktionalist die Schuld am Zusammenbruch des alten – für die Länder mit britischem Mehrheitswahlrecht angeblich so typischen – Zweiparteiensystems² noch vordergründig der kürzlich erfolgten Einführung eines Verhältniswahlrechts nach deutschem Muster zuschieben. Die Entwicklung in Kanada dagegen hat seit 1993 schon einige der «Grundgesetze» zur Wechselwirkung von Wahlsystemen, Parteiensystemen und Wählerverhalten ausser Kraft gesetzt. Die mittlerweile vielzitierte «*Fragmentierung*» der politischen Landschaft, die dort 1993 mit dem Verschwinden der ersten der beiden grossen Volksparteien, der Konservativen, begann, hat sich nun bei den letzten Bundeswahlen im Juni fortgesetzt. (Vgl.: *Nieguth, Tim*, Das kanadische Parteiensystem nach der Unterhauswahl von 1997. Regionale Fragmentierung und strukturelle Asymmetrie, in: *Schultze, Rainer-Olaf/Schneider, Steffen* (Hrsg.), Kanada in der Krise, Bochum 1997.) Sahen sich die regierenden Liberalen im vorigen Unterhaus noch zwei anderen grösseren Fraktionen gegenüber, so sind daraus nun schon vier geworden. Zur stärksten von ihnen und damit zur «*loyalen Opposition ihrer Majestät*» wurde ausgerechnet die dem kanadischen

Staatswesen gar nicht so loyal gegenüberstehende rechtspopulistische Reformpartei. Im Falle des dritten «Ablegers» hat die erst wenige Monate alte rechtsextreme «One Nation Party» schon bei ihren ersten Testwahlen im australischen Bundesstaat Queensland vor einem halben Jahr das Land in einen regelrechten Schockzustand versetzt, als es ihr gelang, aus dem Stand heraus zur – was ihren Stimmenanteil anbetraf – zweitstärksten Partei zu werden und die Konservativen in dieser Hinsicht hinter sich zu lassen.

Angesichts dieser Erosionsprozesse scheint aber eine der wesentlichsten und stabilisierenden «*Vorzüge der Mehrheitswahl*» mehr denn je ins Gewicht zu fallen: Im Gegensatz zu Neuseeland, wo als Folge eines ähnlich diffusen Stimmungsbildes in der Bevölkerung nun die bislang allein regierende konservative «National Party» Ende 1996 eine Koalition mit der rechtspopulistischen Partei «New Zealand First» (NZF) eingehen musste und nun nach dem Auseinanderbrechen dieses Regierungsbündnisses eine Minderheitsregierung gebildet werden musste, sind in Kanada die Liberalen trotz eines Stimmenanteils von nur noch 38 Prozent immer noch zur Bildung einer Einparteienregierung in der Lage. Doch wollen heute immer weniger Kanadier in einer solchen parteilichen Mehrheitsbildung einen Vorzug erkennen. Anders als in Grossbritannien ist die *Conditio sine qua non* für die Stabilität eines Westminster-Systems – eine in der Bevölkerung tief wurzelnde Akzeptanz der Grundregeln des Mehrheitswahlrechts, das den Primat nicht auf eine möglichst getreue Wiedergabe des Wählerwillens legt – genauso wie in Neuseeland nicht mehr gegeben³. So registrieren heute immer mehr kanadische Politologen eine *Legitimationskrise* des politischen Systems ihres Landes. Für den Augsburger Kanadisten *Rainer-Olaf Schultze* steht dem Land eine grundlegende «*Transformation des kanadischen Typus*» des Westminster-Modells⁴ bevor. Einen solchen Umbau ihrer politischen Ordnung haben die Neuseeländer schon 1993 eingeleitet, als sich 84,7

Prozent von ihnen in einem Referendum gegen die Beibehaltung des britischen Wahlrechts aussprachen. Die altbewährten, demokratischen Systemstrukturen gelten in beiden Ländern heute nicht mehr als sakrosankt. Dabei beunruhigt zudem der starke Zulauf an Wählern, den Parteien in mehr als hundert Jahre alten Demokratien erhalten, die gegen den «*demokratischen Elitismus*» wettern und die «*Herrschaft des Parlaments und der Exekutive*» brechen wollen, weil diese nur Teil einer gegen die «*Interessen*» des Volkes gerichteten «*Verschwörung*» sind⁵.

Die Krise des Parteien- und des politischen Systems

Der Aufstieg einer Partei wie NZF verwundert vor allen Dingen deswegen, weil er in einem Land stattfindet, das bislang als «*Wirtschaftswunderland*» galt. So wird von den Kritikern der politischen Reformen die Einführung des Verhältniswahlrechts allein für die Aufspaltung der neuseeländischen Parteienlandschaft verantwortlich gemacht. Die hatte indes lange vor dieser Umstellung begonnen. Schon im alten, nach dem britischen *First-past-the-post-Modus* (FPP) bestückten Parlament hatte der 1997 zurückgetretene, konservative Premier *Jim Bolger* die Amtsgeschäfte zuletzt nur mehr im Rahmen einer Koalitionsregierung führen können, die zudem auch noch eine Minderheitsregierung und auf die Unterstützung der rechtsgerichteten «*Christian Coalition*» angewiesen war. Der alte «*two-party-club*» in Wellington befand sich schon seit Ende der achtziger Jahre in Auflösung. Wenn bei den Wahlen 1996 nurmehr 60 Prozent der Stimmen auf jene zwei grossen Volksparteien entfielen, die früher immer deutlich mehr als 90 Prozent auf sich vereinigen konnten, so müssen funktionalistische Kritiker doch eingestehen, dass die massiven Wählerwanderungen weg von den Altparteien viel früher begonnen hatten: Schon zwischen 1987 und 1993 hatten beide ein Viertel ihrer Wähler an die politischen Randparteien verloren. Von 1987 bis 1990 hatte die in dieser Legislaturperiode regierende «*Labour Party*» einen Aderlass hinnehmen müssen, der ihr fast ein Drittel ihrer Stimmen kostete. Von 1990 bis 1993 musste die 1990 in die Regierungsverantwortung gesetzte «*National Party*» einen Absturz von 47,8 Prozent auf 35,1 Prozent verkraften. Gleichzeitig war die Anzahl der Parteimitglieder bei National von 200 000 auf 40 000, bei Labour von 80 000 auf 10 000 zurückgegangen.

Politische und wirtschaftliche Umbrüche

Für den Politologen *Richard Mulgan* stehen solche Entwicklungen in direktem Zusammenhang mit den grundlegenden wirtschaftlichen und gesellschaftli-

chen Umwälzungen, denen sein Land im Verlauf der letzten zehn Jahre ausgesetzt war. Eine immer tiefer werdende Kluft zwischen der Gesellschaft und ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen einerseits und der von den Altparteien vollzogenen Politik habe, so *Mulgan*, zu einer «*Desillusionierung*» in der Bevölkerung bezüglich der «*neuseeländischen Version des Westminster-Modells*»⁶ geführt. In Neuseeland, wo der Wohlfahrtsstaat nicht nur ökonomische und soziale Zwecke erfülle, sondern auch eine wichtige Bedeutung für das nationale Selbstempfinden habe, habe eine von sozialdemokratischen wie konservativen Regierungen verfolgte neoliberale Wirtschaftspolitik die Parteien den Bürgern entfremdet. Der anwachsende Unmut richtete sich dann auch gegen ein Wahlsystem, das deren «*elective dictatorship*» zementierte.



Kanada. Parlamentsgebäude in Ottawa.

Wie *Mulgan* für Neuseeland, so vertritt *Rainer-Olaf Schultze* für Kanada die These, dass für die Kanadier der Wohlfahrtsstaat ein «*zentraler Bestandteil ihrer nationalen Identität*» sei. So wie sich die Neuseeländer für *Mulgan* durch den Grad ihrer sozialen Sicherheit von den Gesellschaften Südostasiens abgrenzen und abheben wollen, so begründet sich für *Schultze*, wie auch für *Jens Borchert* vom Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien der Universität Göttingen die «*kanadische Identität*» auf einem sozialen «*Gegenmodell zu den USA*»⁷. Ein Beweis dafür, dass der Niedergang der grossen Volksparteien in diesen zwei Staaten eine Reaktion der bis dato an egalitären Prinzipien orientierten Gesellschaften auf die Einführung des freien Spiels marktwirtschaftlicher Kräfte sein könnte, könnten die Wählerwanderungen in beiden Ländern sein:

So fallen die Jahre der massivsten Stimmenverluste der neuseeländischen «*Labour Party*» fast genau in jenen Zeitraum, in dem sie als Regierungspartei bis 1990 den bis dahin nach aussen hin abgeschotteten Markt ihres Landes für den internationalen Wettbewerb öffnete, die Devisenkontrollen und Einfuhrbeschränkungen aufhob sowie die finanzielle staatliche Unterstützung der Exportindustrie aufgab⁸.

Auch die «National Party» schrumpfte genau in jenem Zeitabschnitt zu einer Partei mittlerer Grösse zusammen, als sie ab 1990 daran ging, «den Job zu beenden» den Labour begonnen hatte. Trotz eines protektionistischen Parteiprogramms, das auch Unternehmern gefiel, die um ihre bislang vom Staat gesicherten einheimischen Absatzmärkte trauerten, wurden die letzten jener Kontrollinstitutionen, mit denen der Zufluss ausländischen Kapitals reguliert worden war, entmachtet. Gleichzeitig waren Sozialprogramme drastisch gekürzt, die Auszahlung von Renten eingeschränkt und Familienbeihilfen gekappt worden.

Auch der Zusammenbruch der Konservativen Partei Kanadas im Jahre 1993, als sie 167 ihrer 169 Sitze im Unterhaus in Ottawa verlor und ihr prozentualer Stimmenanteil von 43,0 Prozent auf 16,0 Prozent absackte, könnte auf einen solchen Kausalzusammenhang zurückgeführt werden. Diesem – lässt man das «italienspezifische» Beispiel der «Democrazia Cristiana» ausser acht – in der Geschichte der grossen

Auch musste das Freihandelsabkommen mit den USA in Kanada eine ähnliche psychologische Wirkung erzielt haben, wie die Abschaffung der Kontrollgremien für ausländische Investitionen in Neuseeland.

demokratischen Volksparteien des 20. Jahrhunderts wohl ziemlich einzigartigen Kollaps war eine Legislaturperiode vorangegangen, in der eine konservative Administration entgegen allen Erwartungen daran gegangen war, die Wirtschaft grundlegend zu deregulieren. Eine Gesellschaft, deren herausragendes Merkmal für Borchert ein «für angelsächsische Verhältnisse sehr stark ausgeprägtes etatistisches Denken» ist, war so mit einer Art «Reformschock» konfrontiert worden. Mit dem Abbau sozialer Leistungen – etwa durch die Kürzung von Familienbeihilfen und Arbeitslosengeldern und die Besteuerung von Renten – hatte die Regierung Mulroney 1989 jene Einschnitte in das soziale Netz eingeleitet, deren Notwendigkeit im Wahlkampf 1988 noch bestritten worden war. Dies führte für Borchert zu einer «tendenziellen Anpassung an US-amerikanisches Niveau». Auch musste das Freihandelsabkommen mit den USA in Kanada eine ähnliche psychologische Wirkung erzielt haben, wie die Abschaffung der Kontrollgremien für ausländische Investitionen in Neuseeland.

In die Regierungsverantwortung gewählt haben die Kanadier dann 1993 die durchaus nicht neoliberalen

Liberalen, die für die Erhaltung eines eigenständigen kanadischen Wirtschaftsraums und für eine sozial-marktwirtschaftliche Ausrichtung standen. Da auch die Regierung Chrétien seither ihrem Wahlprogramm nicht so ganz treu blieb, verlor sie jetzt viele ihrer Wähler an die sozialdemokratisch orientierte «New Democratic Party» (NDP), die nun mit 11 Prozent der Stimmen 21 Parlamentssitze erringen konnte und beinahe zum Koalitionspartner der Liberalen geworden wäre. Deren Verluste waren zwar nicht so verheerend wie die der Konservativen vier Jahre zuvor, doch hätten sie der Partei beinahe ihre Mehrheit an Sitzen gekostet.

Die populäre Politik der Populisten

Geht es nach einer der vielen allgemeinen Definitionen, so besteht populistische Politik primär darin, «... auf traditionale, gefühlsbesetzte Werte ...» zurückzugreifen, um «... sich gegen entfremdende Grossstrukturen zu wehren»⁹.

Versteht man nun – wie Schultze und Mulgan dies tun – die Sozialstaatlichkeit als einen solchen für die Neuseeländer und Kanadier «traditionalen Wert», so scheint z. B. ein erklärter Nationalist wie Winston Peters bei seinem Rückgriff auf die «fundamental New Zealand values» an diesem Bestandteil des nationalen Selbstempfindens seiner Landsleute kaum vorbeizukommen. So gibt sich NZF in sozialpolitischen Fragen auch erstaunlich sozialdemokratisch, wenn etwa Forderungen wie die nach einer staatlichen Fixierung von Mindestlöhnen, nach einer gesetzlichen Altersvorsorge und einer «Abkehr» von der «Profitorientierung» im Gesundheitswesen erhoben werden.

Auch das Programm des gleichermassen sezessionistisch wie populistisch sich gerierenden «Parti Québécois» trägt in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen eher linke Züge. Beinahe zwangsläufig auch hier die Verpflichtung des PQ dem vielzitierten Quebecker «Sozialdemokratismus» gegenüber, der seit Jahrzehnten als Merkmal einer eigenen, auf dem nordamerikanischen Kontinent besonders betonten Quebecker Identität gilt. Schon als Oppositionspartei profilierte sich der PQ zu Beginn der neunziger Jahre als Streiter für das eigenständige Krankenversicherungswesen der Provinz¹⁰.

Heute bevorzugt Lucien Bouchard als Premier Quebecs, was die Beziehungen zu den Interessenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anbetrifft, wie seine Vorgänger eine korporatistische Politik, die im Gegensatz zum neokonservativen *market model* stehen soll. So schaltete sich sein Finanzminister im letzten Jahr in den Konflikt um den LKW-Hersteller Kenworth ein. Die Schliessung der Werke wurde verhindert. Mit (provinz-)staatlichen Mitteln kann Kenworth heute seine veralteten Maschinen-

parks erneuern und konkurrenzfähig machen. Im Vordergrund stand dabei die Erhaltung der *paix sociale* (Télé-Journal, Radio Canada, 1^{er} mai 1996).

Doch die eher etatistisch und links anmutende Wirtschafts- und Sozialpolitik steht bei PQ und NZF im Kontext einer zutiefst nach Abgrenzung nach aussen hin strebenden Gesamtpolitik. So diene das Engagement des PQ für die «Régie de l'assurance maladie» in erster Linie seinem «Kampf» gegen deren «Amerikanisierung», gegen die die Quebecer Arbeitswelt heute staatlicher Interventionismus und Subventionismus schützen soll. Eine aktive Rolle des Staates in der Sozialpolitik ist auch für *Winston Peters* «in nationalem Interesse» genauso notwendig wie bei der von ihm angestrebten «Kontrolle» des Zuflusses ausländischen Kapitals und dessen Zurückdrängung. Dass hier ein «starker Staat» der einheimischen Industrie wieder auf die Beine helfen und auch gegen andere «Entfremdungserscheinungen» ankämpfen muss, versteht sich für ihn wie von selbst. Weil er all seine grundsätzlichen Zielsetzungen in der Koalition mit der «National Party» nicht durchsetzen konnte, hofft *Peters* nun, seine Wählerschaft von den Oppositionsbänken aus bei der Stange halten zu können und das arg angegriffene Image von NZF als «Partei der sozialen Gerechtigkeit» bis zu den nächsten Wahlen im Herbst dieses Jahres wieder aufpolieren zu können.

Diese Mischung aus linken wie rechten Elementen ist aber nicht nur ein Produkt der sozioökonomischen Entstehungsfaktoren von NZF und PQ. Dieser Eklektizismus ist charakteristisch für diese Form von «catch-all people's parties», die eine so weit wie nur möglich greifende Volksmeinung zu artikulieren und eine «klassenübergreifende» Politik anzubieten versuchen¹¹. Beim PQ steht diesem programmatischen Sammelsurium auch ein personelles gegenüber. An der Spitze der Partei findet sich neben den Ethnozentristen als Chef ein früherer Kommunist.

Recht «konsistent» erscheint im Gegensatz dazu das Programm der «Reform Party» im kanadischen Westen. Nicht nur ihre ordnungs-, auch ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen werden als eindeutig rechtsorientiert bezeichnet. Die Reformer, die sich selbst als «neue konservative Rechtspartei» verstehen, wollen den für sie zu teuren Wohlfahrtsstaat ganz abschaffen¹². Spätestens diese Tatsache zeigt, dass die oben konstruierte Kausalkette «Wohlfahrtsstaat als traditionaler Wert → Sozialabbau → nationale Identitätskrise» als Erklärungsmuster für den Aufstieg des Populismus in ganz Kanada nicht ausreicht. Auch der «Panamerikanismus» der Reformer scheint im Widerspruch zu den Borchert'schen Thesen zu stehen. Doch ist die von ihnen propagierte Verbundenheit der Westkanadier mit den USA im Zusammenhang mit der irrationalen Furcht vor einem *French taking over*

in Kanada zu sehen und damit letztendlich ebenfalls Ausdruck einer zutiefst isolationistischen, gegen den Osten des Landes gerichteten Haltung.

Rechtspopulismus oder Rechtsradikalismus?

Im Vordergrund der Programmatik der RP steht die Verteidigung der *Anglo-Saxon values*. Zu diesen zählen Individualismus, ein absolut freier Markt und ein so geringes Ausmass an Staat wie nur möglich. Die irrationale Angstmache vor einer allmächtigen Zentralgewalt und die Dämonisierung eines «Überstaats», der «vom Osten – von Quebec – aus regiert» wird und den English-Canadians die Freiheit rauben will, erinnert an die patriotischen Gruppen in den USA. Auch die frei-marktwirtschaftliche Ausrichtung kaschiert nur die eigentlichen Ziele, sieht man sich doch als Verteidiger in erster Linie der Interessen von *small business* gegen die eines zu kosmopolitisch orientierten *big business*, das durch seine Lobbyisten die Politik in Ottawa korrumpieren lasse.

Dieser Eklektizismus ist charakteristisch für diese Form von «catch-all people's parties», die eine so weit wie nur möglich greifende Volksmeinung zu artikulieren und eine «klassenübergreifende» Politik anzubieten versuchen.

Auch eine Prise Antisemitismus scheint dem Predigersohn *Manning* durchaus zu schmecken. Um diese «Verschwörung» zu brechen, setzt *Manning* auf das Modell der direkten Demokratie.

Einen Schritt weiter auf diesem Weg der Bekämpfung «allmächtiger Verschwörungen» kann sich *Winston Peters* wännen, wenn die Neuseeländer jetzt bald in einem ersten Referendum zum Beispiel über die Einführung einer gesetzlichen Rentenversicherung entscheiden konnten. Auch hier ist die sozialpolitische Bedeutung einer solchen Volksabstimmung nur Nebensache. Beweis dafür ist, dass beide das Schweizer Modell strikt ablehnen.

Gemein haben *Peters* und *Manning* auch ihre ablehnende Haltung Einwanderern gegenüber. Vor allen Dingen Asiaten sind *Manning* suspekt, weil er unter ihnen zu viele «Kriminelle» wittert. Für *Peters* sind sie zum Beispiel an der Arbeitslosigkeit schuld.

An diesem Punkt zeigt sich, dass der Begriff «Rechtspopulismus» den Charakter von Erscheinungen

wie NZF und RP nur in ungenügender Masse wiedergibt. Ursprünglich auf «aus dem Volk hervorgehende spontane politische und soziale Bewegungen»¹³ eingegrenzt, wird er mittlerweile auf die unterschiedlichsten Politik-Inhalte angewandt und damit immer schwammiger. So finden sich bizarre Zusammenstellungen, die in der Reihe der als Populisten bezeichneten Politiker neben Namen wie *Hitler*, *Peron* auch *McCarthy* und sogar *De Gaulle* anführen¹⁴. Die von der «Blackwell Encyclopedia of Political Thought» angebotene Definition von «*politischem Populismus*» als einer Bewegung mit «... *derogatory overtones, suggesting reactionary views, intolerance of diversity and hostility to individualism, intellect and culture...*», scheint im Falle *Mannings* und *Peters'* schon eher den Kern der Sache zu treffen. Doch beginnen hier die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und -radikalismus zu fließen.

Mit den binnen- und aussenwirtschaftlichen Deregulierungen aber scheint das Phänomen dieser neuen Strömungen zusammenzuhängen. Doch stellt sich die Frage, warum solche Globalisierungseffekte gerade in diesen Ländern die politischen Systeme so paralysiert haben. Hätte nicht *Margaret Thatchers* Politik in Grossbritannien ähnliche Auswirkungen haben müssen? Aber wie in dem von *David Butler* zitierten *bon mot*, so verhält es sich auch hier: «*Similar causes do not always produce similar effects. No man can jump into the river twice. Both the man and the river change.*»

Isolationismus contra Globalisierung

So ist vor allen Dingen – um bei diesem Sinnbild zu bleiben –, das Wasser, in das die Volkswirtschaften Kanadas, Neuseelands und Grossbritanniens im härter werdenden internationalen Wettbewerb sprangen oder gestürzt wurden, von unterschiedlicher Tiefe. Denn während die starke Volkswirtschaft des Vereinigten Königreichs im Fluss der Globalisierung mitschwimmen kann, drohen die Schwachen Neuseelands und Kanadas in deren Fluten unterzugehen. Ein mit dieser Angst in unmittelbarem Zusammenhang stehender Faktor ist auch jene geographische Nähe, in der sich beide Länder zu jenen Wirtschaftsregionen befinden – die USA und Ost- bzw. Südostasien –, von denen jene Entwicklungsschübe ausgehen, die heute den Gang der Weltwirtschaft bestimmen. Die befürchtete «Japanisierung der Arbeitswelt» ist heute für einen Neuseeländer eine scheinbar unmittelbare Bedrohung, zumal auch das Volumen der hereinströmenden japanischen Investitionen den Eindruck erweckt, das Land würde aufgekauft. Auch für den Arbeitnehmer in Quebec ist die «Amerikanisierung» eine Bedrohung, die schon vom oberen Lauf des St. Lorenz-Stroms ausgeht. Zu alledem ist man auch

bei den Grössenordnungen der Bevölkerungszahlen zu den Nachbarn hoffnungslos im Hintertreffen: Angesichts jener 260 Millionen US-Amerikaner, denen nur 29 Millionen Kanadier gegenüberstehen, scheinen die Ängste der letzteren, in einem einheitlichen nordamerikanischen Wirtschaftsraum majorisiert und aufgesogen zu werden, nicht unbegründet. Noch ungleicher sind die Verhältnisse auf der anderen Seite des Pazifiks, wo sich 3,5 Millionen Neuseeländer einem Kontinent gegenübersehen, auf dem allein mehr als eine Milliarde Chinesen leben. Millionen von Südasiaten drängen zudem auf die in ihren Augen so gut wie menschenleeren Inseln des fünften Kontinents. Doch anstelle Ängste in der Bevölkerung abzubauen, haben sich beide Altparteien dem Mann auf der Strasse gegenüber verschlossen. Zu ausgeprägt war ihre Neigung, ihre Position durch das Wahlsystem als zementiert zu betrachten. FPP kann Stabilität aber eben nur so lange garantieren, solange das von ihm geschaffene Parteiensystem der gesellschaftlichen Realität entspricht. Ist das nicht mehr der Fall, kann auch Westminster die mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationen einhergehenden politischen Veränderungen bestenfalls für einige Zeit verzögern, sie aber nicht gänzlich aufhalten. So musste schon in Grossbritannien mit der sich vollendenden Industrialisierung der alte Dualismus aus Liberalen und Tories dem aus Labour und Conservative weichen. In Kanada spiegelt heute die Auflösung des alten Parteienrasters das Auseinanderleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen wieder. Ganz im Gegensatz dazu zeichnet sich die Situation in der vierten der Westminster-Demokratien – noch? – durch Stabilität aus. Doch die Ausgangsbedingungen für eine Systemkrise sind die gleichen wie in Neuseeland.

Die Wiedererrichtung der «Festung Australien»

Nicht nur die «Tiefe des Wassers», in das der imaginäre Mann *David Butlers* springt, scheint im Falle Australiens die gleiche zu sein wie in dem Neuseelands. Auch der «Mann» ähnelt dem vorherigen. So sieht sich auch hier eine Gesellschaft mit ihrer im Vergleich zu dem gleichfalls sehr nahen Asien schwachen Volkswirtschaft und ihrer geringen Einwohnerzahl von knapp 18 Millionen Menschen ebenfalls der Gefahr ausgesetzt, absorbiert zu werden. Auch hier wird ein Sozialstaat, der als Unterscheidungsmerkmal zu den asiatischen Gesellschaftssystemen gilt, abgebaut. Auch hier musste sich eine Volkswirtschaft, die sich über Jahrzehnte hinweg abgekapselt hatte, nach dem Willen der Politik nach aussen hin öffnen. In Australien blieb bei den letzten Wahlen 1998 das alte Zweiparteien(-block)system noch intakt, doch lassen sich auch hier seit einigen Monaten

die ersten Symptome der «neuseeländischen Krankheit» erkennen. So hat die ONP zwar nach dem «politischen Erdbeben» von Queensland auf Bundesebene keinen Sitz im Repräsentantenhaus in Canberra gewinnen können, mit einem Stimmenanteil von 8,4 Prozent jedoch das beste Ergebnis erzielt, das je in der australischen Geschichte eine radikale Partei verbuchen konnte. Langfristig geht heute nicht nur die Führung der ONP – die mit dem Slogan «Wir sind drin» das Ende des alten, dualen Parteiensystems angekündigt hat – sondern auch die Politikwissenschaft des fünften Kontinents von einer grundlegenden Veränderung aus. So prognostiziert etwa Ian Marsh in seinem neuesten Buch «Beyond the Two-Party System» – Verlagsort Cambridge U.K. – auch für das Australien des 21. Jahrhunderts ein ausgesprochen buntes Mehrparteien-System.

Als Reaktion auf den Aufstieg der ONP wich die von der Regierung John Howard zuerst angestrebte Strategie einer verlangsamen, die Furcht der Aussies vor einer «Asianisierung» ihres Landes nicht zu sehr strapazierenden Annäherung an die nördlichen Nachbarn nun einer subtilen Abschottung diesen gegenüber. Canberra scheint auf dem «Weg nach Asien» wieder umkehren zu wollen¹⁵. Ob man mit der Entscheidung, die Einwanderungsquoten zu reduzieren, der ONP den Wind aus den Segeln nehmen kann und damit verhindert, dass die gesellschaftlichen Umbrüche der letzten Jahre wie in Neuseeland eine Krise des politischen Systems herbeiführen, muss sich erst noch zeigen. Neben dem deutlichen Imageverlust Australiens in der Region drohen aber auch wirtschaftliche Nachteile. So hat man in den letzten zwölf Monaten mit Hilfe der «Foreign Investment Review Boards», die den Zufluss ausländischen Kapitals regulieren, die Japaner aus ihrer Rolle als bedeutendste *Foreign Investors* hinausgedrängt. Aber «korrektive» Eingriffe dieser Art gefährden Arbeitsplätze. Die von der Labor-Regierung Australiens wie von der konservativen Neuseelands in den zurückliegenden Jahren herbeigeführte Öffnung beider Länder nach Norden hin hatte diesen Wachstumsraten beschert, von denen man in Europa nur träumen kann. Die Arbeitslosenzahlen konnten seit 1990 fast halbiert werden. In Australien steigen sie nun wieder an.

Was ein Auseinanderbrechen Kanadas in die von Reformern und Québécois bevorzugten «Kleinststaaten» für die Wirtschaft bedeuten könnte, zeigte schon die massive Kapitalflucht aus Quebec am Vorabend des Referendums von 1995.

In allen drei Gesellschaften aber wird der Prozess der Globalisierung als eine Art ökonomische Hege-
monialisierung betrachtet, als Folge derer die Eigenstaatlichkeit nur mehr auf der Landkarte bestehen

bleibt und erzeugt jene Angst, die auch andernorts spürbar ist. Gerade dort aber, wo die politischen Ordnungen als Schutzwälle gegen solche Stimmungslagen ausnutzende Strömungen galten, sind jetzt diese Dämme gebrochen. ♦

PETER LUDWIG MÜNCH, geboren 1960 in München, studierte Neuere Geschichte, Politikwissenschaft und Orientalistik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. 1986–1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität der Bundeswehr in München/Neubiberg. 1993 Promotion zum Dr. phil. hist. Zur Zeit Abfassung einer Habilitationsschrift mit dem Thema «Wirtschafts- und Sozialpolitik in Australien».

¹ Dieter Nohlen, Wahlrecht und Parteiensystem, Opladen 1986, S. 40 f.

² Vgl. u.a.: David Butler, British General Elections since 1945. Second Edition, Oxford UK, Cambridge USA, 1995.

³ Vgl. Alan McRobie (ed.), Taking it to the People, Christchurch 1993.

⁴ Rainer-Olaf Schultze, Crisis of Representation and the Changing Party System in Canada since the 1980s. Referat, gehalten auf der Tagung «Partner Kanada» im Bildungszentrum der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Wildbad Kreuth, 1.–3. 11. 1996.

⁵ Zitiert bei Trevor Harrison, Of Passionate Intensity. Right-Wing Populism and the Reform Party of Canada, Toronto u.a. 1995, sowie in: Too close for comfort, The Bulletin (Sydney), November 2, 1993.

⁶ Richard Mulgan, Politics in New Zealand, Auckland 1994, S. 92.

⁷ Jens Borchert, Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates. Grossbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich. Frankfurt / New York 1995, S. 228.

⁸ Vgl. Roger Douglas, Toward Prosperity; Auckland 1987, S. 138 ff.

⁹ Hanno Drechsler (Hg.), Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. 9. Aufl., München 1995, S. 648.

¹⁰ Vgl. Michael O'Neill, Michel Boulet, Who Decides? Organised Medicine, the State and the Making of Health Policy. The Case of Quebec's Health-System Reforms; in: British Journal of Canadian Studies, Vol. II, No. 1, 1996.

¹¹ Vgl. The Blackwell Encyclopedia of Political Thought, Oxford UK, New York 1987, S. 393 ff. sowie Drechsler.

¹² Reform Party of Canada, Platform and Statement of Principles. Policies adopted at the party convention in Calgary 1988, sowie: Calgary, Reform Party of Canada 1989.

¹³ Everhard Holtmann (Hg.), Politik-Lexikon, München / Wien 1994, S. 522.

¹⁴ Zu der Tatsache, dass die Reformen auch in der internationalen Presse oft fälschlicherweise als «rechtskonservativ» bezeichnet werden, trägt auch die Unsicherheit der kanadischen Politikwissenschaftler im Umgang mit diesem für sie relativ neuen Phänomen bei. Einige von ihnen machen bis heute keinen Unterschied zwischen der Konservativen und der Nationalen Rechten. So wird zum Beispiel von David Laylock der «prairie populism» fahrlässig als neue Form des Konservatismus angesehen, obwohl auch er auf die antiparlamentarische Agitation der Reformen hinweist. Siehe dazu die Aufsätze von David Laylock und Richard Sigurdson im Canadian Journal of Political Science, XXVII: 2, June 1994.

¹⁵ Zu dieser Kehrtwende vgl. u.a.: Peter L. Münch: Aussies drängen nach Asien; in: Rheinischer Merkur, 19.8.1994 und: ders.: Der Ausflug nach Asien wird abgeblasen; in: Frankfurter Rundschau, 4. 8.1997.